

A n t r a g

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunftsfähige Mobilität für Rheinland-Pfalz: Der Bund muss eine auskömmliche Finanzierung für den Öffentlichen Personennahverkehr sicherstellen

Der Landtag stellt fest:

Es besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens, dass für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Insbesondere im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) existieren schon heute durch die 2019 fortfallenden Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz- (GVFG) und Entflechtungsmittel erhebliche Beeinträchtigungen in der Finanzierungssicherheit wichtiger Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau zukunftsfähiger Vorhaben. Die Entflechtungsmittel in Höhe von jährlich 1,335 Milliarden Euro für die Länder fließen derzeit jeweils zur Hälfte in kommunale Straßen- und ÖPNV-Projekte.

Die Sicherstellung der Nahverkehrsfinanzierung ist der zentrale Baustein, die von Rheinland-Pfalz forcierte Energiewende auch im Verkehrsbereich umzusetzen.

Bundesweit drohen allerdings Kürzungen im Angebot des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV), weil die Regionalisierungsmittel des Bundes nicht den Kostensteigerungen bei Trassen, Stationen, Löhnen und Energie standhalten. Hiervon ist potentiell auch der erfolgreiche Rheinland-Pfalz-Takt 2015 betroffen, sollte es nicht gelingen, eine auskömmliche Steigerung der Regionalisierungsmittel zu erreichen.

Seit der Bahnreform 1994 und der damit verbundenen Regionalisierung des SPNV 1996 hat Rheinland-Pfalz besondere Anstrengungen unternommen, ein besseres Nahverkehrsangebot auf der Schiene zu realisieren. Seither konnten neben Angebotsverbesserungen auf bestehenden Verbindungen sogar elf Bahnstrecken reaktiviert werden. Im Rahmen des Rheinland-Pfalz-Taktes 2015 stehen weitere Reaktivierungen sowie die Einführung eines landesweiten Regionalexpressnetzes auf der Agenda. Das Angebot (also die soll gefahrenen Zugkilometer) sollen – auch aufgrund der hohen Nachfrageentwicklung – deutlich steigen. Weitere Kernelemente des verbesserten Angebots im SPNV stellen neue barrierefreie Fahrzeuge und ein deutlich verbessertes Fahrgastinformationssystem dar.

Bei der Ausstattung der Länder definiert das Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (RegG) vom 27. Dezember 1993 die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im Öffentlichen Personennahverkehr als eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Der Bund kann und darf sich nicht seiner gesetzlichen Verantwortung für eine auskömmliche Finanzierung des SPNV in den Ländern entziehen.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung in den vergangenen Monaten in einer Länder-Arbeitsgruppe bereits erhebliches Engagement gezeigt hat, um die Finanzierung für den Öffentlichen Nahverkehr zu gewährleisten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bund weiterhin dafür einzusetzen, entsprechende Maßnahmen für eine auskömmliche und langfristig gesicherte Finanzierung zeitnah zu realisieren. Eine Verschiebung in eine Bund-Länder-Finanzkommission ab 2019 würde zu erheblichen Planungsunsicherheiten führen. Dies würde zukünftige Ausschreibungen erschweren und Investitionen in das System Öffentlicher Verkehr aufgrund der unklaren Finanzierungssituation reduzieren.

Zur auskömmlichen und langfristig sicheren Finanzierung des öffentlichen Verkehrs zählen:

1. Eine Nachfolgeregelung für die Fortführung der Gemeindeverkehrsfinanzierung nach dem GVFG-Bundesprogramm über 2019 hinaus, die den Ländern und Kommunen Planungssicherheit bietet, inkl. einer Öffnung der Mittel für Erhalt und Sanierung;
2. wegen des hohen Bedarfes eine Steigerung der im Rahmen der Fiskalpaktverhandlung verstetigten Entflechtungsmittel für den Umweltverbund (ÖPNV und Radverkehr) und den kommunalen Straßenbau über 2019 hinaus, inklusive einer Öffnung der Mittel für Erhalt und Sanierung;
3. eine höhere Anpassung der Regionalisierungsmittel für die Bestellung von SPNV-Leistungen, die insbesondere den gestiegenen Kosten für Trassen, Stationen, Löhnen und Energie gerecht wird.

Für die Fraktion
der SPD:
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nils Wiechmann